

# Finther SPD-Brief

*Werte Finther Bürgerinnen und Bürger,*

*nach fünf Jahren im Amt des Ortsvorstehers habe ich jetzt mein Büro geräumt. Es ist mir nicht leicht gefallen, aber die politischen Mehrheitsverhältnisse haben sich geändert. Der Kandidat der CDU ist mit den Stimmen seiner Partei und mit Unterstützung durch die Vertreter von FDP und Republikanern gewählt worden.*

*Es waren fünf Jahre, die mir Spaß gemacht haben, und ich möchte diesen SPD-Brief nutzen, um mich noch einmal bei all denen zu bedanken, die mich in den letzten fünf Jahren unterstützt haben. Hilfe wurde mir zuteil, Anregungen wurden vorgebracht, und Kritik wurde geäußert. Ich habe mich nicht nur für Finthen engagiert, mir wurde dabei auch von Ihnen, den Finther Bürgerinnen und Bürgern, viel Engagement entgegengebracht. Manches wäre ohne Sie nicht möglich gewesen, vieles wäre mir schwerer gefallen. Ich habe immer das Gespräch mit Ihnen, vor allem auch in den Vereinen, gesucht und gefunden.*

*Daß ich dies auch in Zukunft tun werde, versteht sich eigentlich von selbst. Ich*

*werde weiterhin dem Ortsbeirat angehören, ich werde Politik machen und ich werde wie bisher in den Finther Vereinen mitarbeiten. Vielleicht gelingt es mir, mit etwas Distanz zum Tagesgeschäft der Stadtverwaltung manches etwas klarer und unverkrampfter zu sehen.*

*Opposition gehört zur Demokratie wie die Konkurrenz zum Geschäft. Ich werde mit meiner Partei auch Oppositionspolitik im Ortsbeirat betreiben. Sie können sich daher gerade dann von uns gut vertreten fühlen, wenn Sie mit der Politik der neuen CDU/FDP-Mehrheit nicht einverstanden sind. Aber auch unabhängig davon bringen wir Ihre Anliegen und Anregungen gern über den Ortsbeirat in die politische Willensbildung ein. Sprechen Sie mich oder einen meiner Parteikollegen an, wir stehen auch in Zukunft im Dienste der Bürger.*

*Kurt Merkator*

# Herrliche Zeiten

wir gehen herrlichen Zeiten entgegen. Bald stehen so viele Flächen für Gewerbeansiedlungen Wohnungsbau und Straßen zur Verfügung, daß die Mainzer Wirtschaft in nie gekanntem Ausmaß aufblühen wird. Vor jedem Geschäft in der Innenstadt werden etliche reservierte Parkplätze für die Kunden bereitstehen. Anwohnerparken gibt es nicht mehr, denn auch in den Wohngebieten in der Altstadt und der Neustadt steht massenhaft Parkraum zur Verfügung. Jeder kann nicht nur mit dem Auto in die Innenstadt fahren, er braucht dort kaum einen Meter zu Fuß zu gehen, denn alle Ziele sind per Auto erreichbar, und überall kann man das Auto abstellen. Staus werden verboten und kommen daher nicht mehr vor. Die Straßenbahn wird überflüssig. Stadtrat Kalberlah nimmt persönlich den

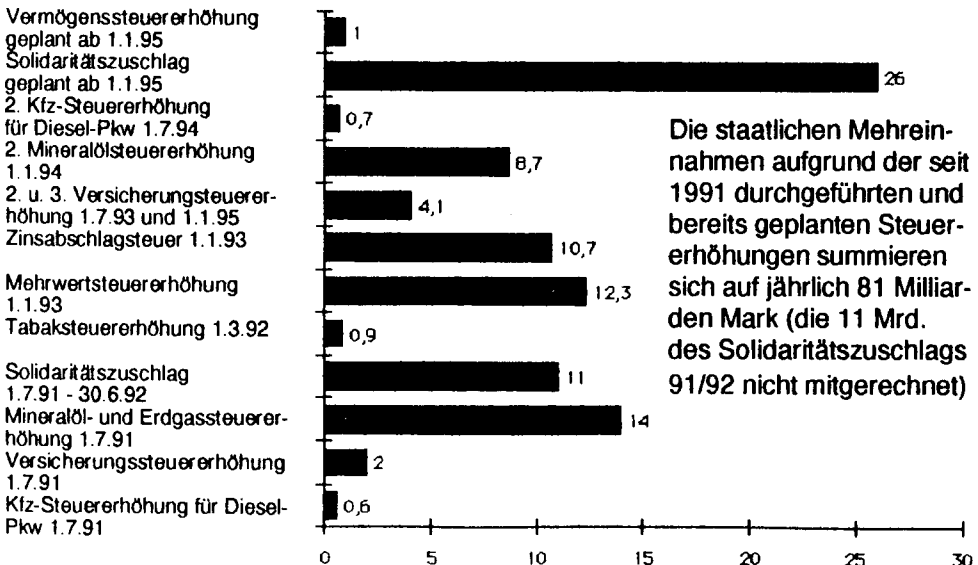
Spaten in die Hand, um den Autobahnan-schluß Römerquelle zu verwirklichen. Bei dieser Gelegenheit wird der umweltfreundliche sechsspurige Ausbau des Mainzer Autobahntrings gleich miterledigt.

Finanznöte in der städtischen Kasse sind von gestern. An den Schulen brechen paradiesische Zustände aus. Die Eltern brauchen sich nicht mehr mit der ideologisch belasteten Entscheidung abzuquälen, ob die Gesamtschule gut oder schlecht für ihre Kinder ist - es wird keine Gesamtschule mehr geben.

Freuen wir uns an diesen Zukunftsaussichten! Genießen wir die schönen Bilder, die uns CDU und FDP im Kommunalwahlkampf vor Augen geführt haben! Völlig unverständlich ist es eigentlich, daß es immer noch Menschen gibt, die nicht diese Parteien gewählt haben.

## Steuererhöhungen seit 1991

Mehreinnahmen des Staates pro Jahr in Milliarden DM



Wir wollen CDU und FDP auf den Arm nehmen, meinen Sie? Keineswegs. Wir haben nur die schwarz/gelben Wahlaussagen zu einem Gesamtbild zusammengefügt und dabei - na gut, wir geben es zu - ein wenig abgerundet. Aber das wird Sie doch wohl nicht stören. Bei der Kommunalwahl jedenfalls hat es sich als nicht störend erwiesen, daß mit der Wahrheit recht großzügig umgegangen wurde.

Wie hoch beispielsweise schätzen Sie den Wahrheitsgehalt des folgenden Satzes ein, den CDU-Stadtrat Kalberlah schriftlich verbreitet hat? "Der Autobahnanschluß Römerquelle fehlt bisher in Finthen, weil SPD und Grüne den Ausbau der A 60, den Mainzer Ring, seit Jahrzehnten verzögert haben" Wir geben Ihnen eine kleine Hilfe: Richtig ist, daß die "Römerquelle" in Finthen liegt.

Oder, was halten Sie von diesem Satz: "Von Oberbürgermeister Weyel (SPD), Dezernent für Stadtentwicklung und Finanzen, ist bis heute noch kein Planungs- und Nutzungskonzept für Layenhof vorgelegt worden"? Dieser Satz ist richtig. Er ist genau so richtig wie etwa dieser: "Bundeskanzler Kohl hat bis heute noch nicht gesagt, wie viele Arbeitslose es im Jahr 2050 geben wird".

Apropos Bundeskanzler: Die Bundespolitik ist natürlich auch bei Kommunalwahlen immer mit ausschlaggebend. Unter diesem Aspekt wird das Mainzer Wahlergebnis besonders verständlich. Schließlich hat die schwarz-gelbe Koalition eine beachtliche Bilanz vorzuweisen, die von Rekorden gespickt ist:

Noch nie hatten wir so viele Arbeitlose in der Bundesrepublik - eine wirksame Mahnung für alle, die immer noch nicht kapiert haben, daß nur Leistung sich lohnt.

Noch nie hatten wir so viele Firmenpleiten - auch das dürfte als Leistungsansporn kaum mißverstanden werden.

Noch nie war die Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben so hoch wie heute. Weitere Steuererhöhungen ab 1995 sind bereits beschlossen. - Ein Beweis für den Wohlstand in unserem Land.

Noch nie war die Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik so hoch wie heute - ein geschickter Schachzug, die Kosten für das soziale Netz weitgehend auf die Kommunen abzuwälzen.

Noch nie hatten wir eine so hohe Staatsverschuldung - ein Beweis für das Vertrauen, das die Bundesregierung in die Leistungskraft der Steuerzahler setzt. Und Vertrauen verdient wieder Vertrauen.

Kein Zweifel, die versprochene geistig-moralische Wende ist vollzogen.

## Der Kronprinz

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, hat ein Buch geschrieben, und Bundeskanzler Kohl hat es in Bonn der Presse vorgestellt.

Beobachter der Bonner Szene schließen aus dieser ungewöhnlichen Aufgabenteilung: Kohl wollte Schäuble als seinen Kronprinzen vorstellen. Sollte der Fall eintreten, daß die Union nach der Bundestagswahl am 16. Oktober noch einmal den Kanzler stellen darf, wird der nur für eine Übergangszeit Helmut Kohl heißen. Nach einer Schamfrist soll Wolfgang Schäuble das Regierungsruder übernehmen.

Schäuble nicht direkt als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf zu schicken, hat - aus CDU-Sicht - seinen guten Grund. Helmut Kohl hat es bisher verstanden, sich einen

## ...Der Kronprinz

relativ liberalen Anstrich zu geben. Schäuble hingegen hat sich nicht zuletzt in seinem Buch als Rechts-Außen demaskiert.

So wird denn auch berichtet, Kohl habe sich in der Pressekonferenz wiederholt von Äußerungen Schäubles distanziert. Schäuble habe derart starke national-konservative Töne angeschlagen (die Nation wird als sinngewand für ihre Bürger hochgejubelt), daß sein Parteichef es für taktisch klüger hielt, einige Aussagen zu vernebeln.

Der Kanzler braucht nicht nur einen Nachfolger, er braucht auch jemanden, dem er gegebenenfalls die Schuld für eine Wahlschlappe in die Schuhe schieben kann. Das funktioniert aber nur, wenn er wenigstens hinterher sagen kann, die geplante Amtsübergabe sei doch allgemein bekannt gewesen. Daher macht es Sinn, den Kronprinzen nur andeutungsweise vorzustellen.

Mit einer Niederlage rechnet Kohl offensichtlich, denn zum ersten Mal hat er verkündet, er halte eine große Koalition für möglich. Freilich hat er anschließend wieder dementiert, daß eine große Koalition für ihn in Frage kommt - dafür durfte Theo Waigel dann eine solche Konstellation für denkbar halten. Außerdem hat er erklärt, er kandidiere für die ganze Legislaturperiode, die Ablösung durch Schäuble sei nicht vorgesehen. Aber was haben solche Beteuerungen schon zu bedeuten - bei einem Kanzler, der der großen Steuerlüge überführt ist?

Der Wähler sollte wissen: Wer nicht Rudolf Scharping wählt, der muß damit rechnen, daß er den nationalkonservativen, extrem rechten Flügelmann Wolfgang Schäuble wählt.

## Rote Socken in der CDU

"Rote Socken" nennt man in den neuen Bundesländern Politiker, die bereits zu DDR-Zeiten in Staats- und Parteiämtern tätig waren und nach der Wende wieder an führender Stelle in Politik, Verwaltung oder Wirtschaft aufgetaucht sind. "Rote Socken" gibt es nicht nur in der PDS, die sich selbst als Nachfolgepartei der SED versteht. CDU und FDP haben jeweils zwei Parteien in sich aufgesogen, die der SED in der "Nationalen Front" angegliedert waren. Sie haben nicht nur Geld und Vermögenswerte dieser sogenannten Blockflöten-Parteien einkassiert, sondern natürlich auch deren Mitglieder aufgenommen, und die waren oft noch linientreuer als die SED-Funktionäre. Das hat dazu geführt, daß 62,7 % der 1990 gewählten Landtags- und Bundestagsabgeordneten mit CDU-Parteibuch aus den neuen Bundesländern "rote Socken" sind.

Um von diesem Tatbestand abzulenken, versucht die CDU seit einigen Wochen, die SPD in die Nähe der PDS zu rücken und so die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt hat die SPD nicht für die "rote Socke" der CDU und die PDS nicht gegen den SPD-Kandidaten Höppner gestimmt. Daraus konstruiert die CDU eine Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS. Das ist genau so verlogen wie die Argumentation der Fraktionen von CDU und FDP im Mainzer Stadtrat. Mit Hilfe der sogenannten Republikaner hat das schwarz-gelbe Bündnis einen Salto rückwärts in längst überholt geglaubte Politik-Zeiten vollzogen. Weil aber die Repts nicht ausnahmslos alle CDU/FDP-Anliegen unterstützt haben, wird die SPD der Zusammenarbeit mit den Rechtsextremisten bezichtigt.